

Im Lokalteil

Vaihingen



Mehr Pacht für Deponie

Der Landkreis Ludwigsburg überweist der Stadt Vaihingen ab 2021 jährlich 160 000 Euro als Basispachtzins für das Areal der Deponie Burghof. Das sind 10 000 Euro mehr als im aktuellen Pachtvertrag, der eine Laufzeit von fünf Jahren hatte. Seite 9.

Oberriexingen

Neue Diakonie-Chefin

Ab 1. Dezember ist die Oberriexingerin Prof. Dr. Annette Noller die neue Vorstandsvorsitzende der Diakonie Württemberg. Zuvor war sie 18 Jahre lang Professorin an der Evangelischen Hochschule in Ludwigsburg. Ein Proträt von Noller heute auf der Seite 13.

Eberdingen

Neue Regiorad-Station?

In Hochdorf ein Rad ausleihen und damit nach Eberdingen oder in die Landeshauptstadt fahren: Mit dem Fahrrad- und Pedeleerverleihsystem von Regiorad Stuttgart wäre das möglich, vorausgesetzt der Eberdinger Gemeinderat spricht sich für entsprechende Stationen in der Dreiergemeinde aus. Seite 15.

Wir sind für Sie da

Aboservice

Telefon (0 70 42) 9 19-35

Mail: vertrieb@vkz.de

Anzeigenservice

Telefon (0 70 42) 9 19-40

Mail: anzeigen@vkz.de

Lokalredaktion

Telefon (0 70 42) 9 19-53

Mail: info@vkz.de

Sportredaktion

Telefon (0 70 42) 9 19-59

Mail: sport@vkz.de

Internet: www.vkz.de

[www.facebook.com/
VaihingerKreiszeitung](https://www.facebook.com/VaihingerKreiszeitung)

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13137,25 Pkt. +51,09 Pkt.	3467,60 Pkt. +15,63 Pkt.	1,1863 Dollar +0,031 Cent

Wetter



Mittags 5°
Nachts -3°

Nach Nebelaufklärung viel
Sonne und Wolken



Der Herr der Haare

Zu seinen Kundinnen zählte Kanzlerin Angela Merkel. Aber auch zahlreiche Stars wie Romy Schneider oder Marlene Dietrich saßen auf seinem Stuhl. Jetzt ist Udo Walz, Deutschlands berühmtester Friseur und gebürtiger Waiblinger, gestorben.

► Seite 3



Foto: dpa/Christophe Gateau

Studie: Zwangsabgabe für Bus und Bahn in Stuttgart möglich

Verkehrsminister Hermann will den Nahverkehr im Land attraktiver machen. Er hat verschiedene Modelle durchrechnen lassen. In der Landeshauptstadt müsste jeder Autofahrer 30 Euro zahlen.

VON EBERHARD WEIN

STUTT GART. Im Gegenzug für günstigere oder kostenlose Angebote im Nahverkehr sollen Kommunen im Südwesten Geld von Bürgern eintreiben können – auch von denen, die Busse und Bahnen nicht nutzen. Das will Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) den Kreisen, Städten und Gemeinden per Gesetz erlauben.

Ein Gutachten, welches er in Auftrag gegeben hatte, kommt zu dem Ergebnis, dass es mehrere zulässige Möglichkeiten dafür gibt. Sowohl eine Citymaut, die von Autofahrern kassiert wird, wie auch eine Umlage auf alle Einwohner oder wahlweise alle Fahrzeughalter sind demnach möglich und könnten die notwendigen Mittel einbringen.

„Mehr Menschen sollen das Auto stehen lassen“, sagte Hermann bei der Vorstellung der Untersuchung. „Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzerzahlen bis 2030.“ Er kündigte an, im Falle eines grünen Wahlsiegs bei der Landtagswahl im März ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Es soll den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, solche Modelle einzuführen. Bisher war er mit diesem Ansinnen am Koalitionspartner in der Landesregierung, der CDU, gescheitert.

„Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzerzahlen im Nahverkehr bis 2030.“

Winfried Hermann (Grüne), Verkehrsminister im Land



Foto: Lichtgut/Christoph Schmidt

„Zwangsabgaben sind keine zukunftsfähige Lösung“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der CDU, Nicole Razavi, und erneuerte ihre Ablehnung. Jeder Steuerzahler finanziere bereits jetzt den Nahverkehr mit, selbst wenn er ihn nicht nutze. „Der notwendige Ausbau ist über direkte Zuschüsse und Förderprogramme zu stemmen und nicht über verdeckte Steuererhöhungen.“

Wesentlich aufgeschlossener reagierten Vertreter von Städten und Gemeinden. „Wir sind sehr interessiert“, sagte Wolfgang Förderer von der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Finanzierung der Verkehrswende müsse deutlich breiter verankert werden, führte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) aus.

Für die Landeshauptstadt Stuttgart, für Tübingen, Bad Säckingen sowie für die Metropolregion Mannheim/Heidelberg waren bei der Studie Modelle durchdacht worden. Stuttgart sollte darin 100 Millionen Euro für den Ausbau des Nahverkehrs bekommen. Dafür müsste jeder Bürger eine monatliche Abgabe von 20 Euro zahlen. Zahlten nur die Fahrzeughalter, steigt der Beitrag auf 30 Euro. Der Betrag würde als Guthaben für Fahrten zur Verfügung stehen. Dieses würde verfallen, wenn es nicht genutzt wird.

Länder planen Verlängerung des Teil-Lockdowns

Biontech beantragt Zulassung für Corona-Impfstoff in den USA.

BERLIN. Angesichts der hohen Infektionszahlen wollen die Bundesländer offenbar die bestehenden Corona-Einschränkungen bis zum 20. Dezember verlängern und teilweise verschärfen. Das berichtet die „Berliner Morgenpost“. Unter Berufung auf Koalitionskreise des Stadtstaats heißt es dort, es zeichne sich zwischen den Ländern ein weitgehender Konsens ab. Gaststätten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen dürften damit geschlossen bleiben.

Das Robert-Koch-Institut hatte am Freitag einen Rekord mitgeteilt: Binnen eines Tages wurden demnach 23 648 Neuinfektionen gemeldet. Die Auslieferung eines Impfstoffs gegen Corona rückt indes einen Schritt näher. Das deutsche Unternehmen Biontech und der US-Pharmakonzern Pfizer kündigten an, am Freitag einen Antrag auf Notfallzulassung des Präparats bei der US-Arzneimittelbehörde FDA zu stellen. Sie hoffen nach eigenen Angaben auf eine Zulassung und erste Impfungen vor Jahresende. (AFP)

CDU will Beamte in Rente einzahlen lassen

SPD und Linke unterstützen Vorschlag von Sozialausschuss.

VON BERNHARD WALKER

BERLIN. Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU. Während SPD und Linke den Vorstoß begrüßen, lehnt ihn der Beamtenbund Baden-Württemberg ab. Der Emmendinger CDU-Abgeordnete Peter Weiß betont, dass es sich um eine „Arbeitsvorlage von Referenten“ handle, über die noch nicht abschließend beraten sei.

Unter dem Titel „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es etwa für Selbstständige und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Alterssicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln.

Lob für den Vorstoß aus den Reihen der CDU kommt vom Tübinger SPD-Abgeordneten Martin Rosemann: „Die SPD ist schon seit Langem für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Beschäftigten solidarisch einzahlen. Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln.“ Aus Sicht des Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald ist der Vorschlag richtig – aber nicht ehrgeizig genug, weil 2030 als Startdatum vorgeschlagen wird.

Kai Rosenberger, Chef des Beamtenbunds Baden-Württemberg, betont, dass es theoretisch natürlich möglich sei, neue Beamte in die Rentenversicherung einzubeziehen. Im Grundgesetz sei aber festgehalten, dass der Dienstherr Beamten amtsangemessene Pensionen gewähren müsse. Die Integration spare deshalb kein Geld, weil der Dienstherr für die Beamten eine dann „adäquate Zusatzversorgung in Form einer betrieblichen Altersvorsorge“ aufbauen müsse, sagt Kai Rosenberger.

► Kommentar

Stadt verbietet Feuerwerk an Silvester

Innerhalb des Stuttgarter City-Rings darf kein Böller gezündet werden.

STUTT GART. Corona gegen Böller: Die Stadt Stuttgart plant an Silvester ein Feuerwerksverbot innerhalb des City-Rings sowie auf weiteren 15 Plätzen. Das hat Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn am Freitag angekündigt. Bereits beim letzten Jahreswechsel hatte es auf dem Schlossplatz ein Böllerverbot gegeben – eine damals veranstaltete Laser- und Musikshow mit 10 000 Besuchern fällt allerdings dieses Mal wegen verschärfter Corona-Maßnahmen ebenfalls ins Wasser.

Die Landeshauptstadt will so sicherstellen, dass die Infektionszahlen bei Sektlaune und Gedränge nicht weiter in die Höhe steigen. Die Polizei ist zur Überwachung mit mehreren Hundert Beamten im Einsatz – in einer Stärke, wie sie nach der Krawallnacht Mitte Juni in der Innenstadt aufgeboten war. Polizeipräsident Franz Lutz plädiert für einen weitgehend abgesperrten Schlossplatz. Allerdings wird damit gerechnet, dass sich die Feier-Schwerpunkte in die Peripherie verlagern könnten. (wdo)

Kommentar

Rente für alle?

Die Idee, Beamte ins Rentensystem zu packen, ist richtig – aber teuer.

VON BERNHARD WALKER

Die trauen sich was, die Mitglieder im Fachausschuss für Soziales der CDU. Da verteidigt ihre Partei tapfer die Vielfalt in puncto Alterssicherung, genauer: die Tatsache, dass Beamte, manche Selbstständige und Politiker nicht in die Rentenkasse einzahlen. Doch nun sagt der Ausschuss der Parteilinie Adieu und erklärt zutreffend, dass die Bevölkerung die Sicherungssysteme abseits der Rentenversicherung – dazu zählt die Beamtenversorgung – als „Privilegien“ betrachtet.

Der Ausschuss schlägt deshalb vor, Beamte, die 2030 jünger als 30 Jahre sind, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Das ist zwar nur ein Vorschlag, noch ist nichts entschieden. Allerdings eröffnet der Ausschuss eine Debatte, die sich viele Bürger wünschen. Sie fragen sich, warum bei uns nicht gehen soll, was in Österreich schon seit Jahren gilt. Dort hatte 2004 Bundeskanzler Wolfgang Schäussel – der ist übrigens ein Christdemokrat – durchgesetzt, dass nach einem Stichtag neu berufene Bundesbeamte in die allgemeine Rentenversicherung einbezogen werden.

Eine solche Reform ist also nicht bloß ein Projekt linker Umverteilungsfantasten. Und doch hat sie zwei große Haken. In Deutschland müssten 16 Länder mitziehen, weil sie Dienstherrn der meisten Beamten sind. Und teuer wäre es auch. Der Staat müsste in einer langen Übergangszeit heute schon erworbene Pensionsansprüche der Beamten bezahlen und für neue Beamte Beiträge an die Rentenkasse abführen. Es entstünde also eine Doppelbelastung. Ob die Gesellschaft sie bezahlen will: Das ist die Frage, die sie jetzt nach dem Vorstoß aus den Reihen der CDU schleunigst klären sollte.

bernhard.walker@stzn.de

Corona: Totensonntag wird im Netz begangen

KARLSRUHE. Am bevorstehenden Ewigkeits- oder Totensonntag können Trauernde auch im Internet ihrer verstorbenen Angehörigen und Freunde gedenken. Die digitale Alternative gibt es am 22. November um 18 Uhr auf Trauernetz.de, teilte die evangelische Kirche mit. Sie soll unter Corona-Bedingungen Trauernden, die nicht an einem Gottesdienst teilnehmen können, eine Möglichkeit des Gedenkens an die Verstorbenen bieten. Im Chat kann man auch an schon länger verstorbene Menschen erinnern, hieß es weiter.

Mit dem Ewigkeits- oder Totensonntag enden im November die Trauer- und Gedenktage. Er ist der letzte Sonntag des Kirchjahrs vor dem Advent. (epd)

► Leitartikel Seite 2